

BürgerInnenbrief **Mitte**

29. November 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Schwarz-Rot-Grün +++ Das Pfund der LINKEN +++ Music Hall +++ Wohnungsnot +++ Kulturipp: MetroPOLE

Von Schwarz-Grün zu Grün-Rot?



Die GAL-Spitze macht Schluss - Pressekonferenz am 28.11.2010

Die Grün-Alternative Liste (GAL) hat die bundesweit erste Koalition mit der konservativ-neoliberalen CDU auf Länderebene nach zweieinhalb Jahren wegen fehlender Stabilität und Verlässlichkeit aufgekündigt. Das Ende von Schwarz-Grün hatte sich seit dem Rücktritt des Architekten dieser Koalition, Ole von Beust, angebahnt, aber die konkrete Trennung kam für CDU und Öffentlichkeit dann doch überraschend.

Die Hamburger Grünen hatten zuvor das Bündnis noch vehement verteidigt, als der Finanzsenator Frigge zurücktrat – Grund war seine Verwicklung in parteipolitisch fragwürdige Geschäfte in Rheinland-Pfalz –, und die Koalition unter diesen misslichen Bedingungen den Rotstift-Haushalt begründen musste. Doch die Treueschwüre stellten sich als bloße Lippenbekenntnisse heraus – innerlich hatten sich die Grünen schon von der Koalition verabschiedet. Ihre Begründung für diese Aufkündigung: mangelnde Verlässlichkeit im Alltags-Regierungsgeschäft und die überraschende Verflüchtigung des Koalitionsgeistes.

Schwarz-Grün in Hamburg wollte zukunftsweisend unter Beweis stellen, dass konservative Werte und ökologische Grundüberzeugungen eine konstruktive Schnittmenge bieten. Vor allem im Bereich der Integration von BürgerInnen mit Migrationshintergrund und der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie wollten die Koalitionspartner eine moderne Stadtpolitik des 21. Jahrhunderts entwickeln.

Schwarz-Grün in Hamburg stand angesichts tiefer gesellschaftlicher und politischer Gräben bei zentralen Themen wie Kohlekraftwerk Moorburg, Elbvertiefung, Schulreform und Bekämpfung von Armut von Beginn an unter keinem guten Stern. Nach von Beusts Rücktritt, der das Bündnis zusammen gehalten hatte, und einer Reihe von Senatorenwechseln war das Ende der Koalition absehbar.

Das Experiment, das die politischen Lager in Deutschland aufbrechen sollte, ist damit schon nach knapp drei Jahren gescheitert. Das Ende hatte sich bereits im Sommer abgezeichnet, als die schwarz-grüne Schulreform – das bedeutendste ge-

meinsame Projekt – von einem Volksentscheid ausgebremst wurde und als auch noch die Galionsfigur des Bündnisses, Bürgermeister Ole von Beust, sich aus der Politik zurückzog. Danach fehlte der schwarz-grünen Koalition der inhaltliche und personelle Zusammenhalt.

Die Ziele, und damit der Geist, die diesem Bündnis unterlegen hatten, lösten sich unter dem Druck der ökonomischen Verhältnisse und der anhaltenden Krise der öffentlichen Finanzen auf.

Mit der Wirtschaftskrise war die Vision des schwarz-grünen Senats des »Wachsens mit Weitsicht« gescheitert. Die Stadt ist faktisch pleite – ausgezehrt durch schwindende Steuereinnahmen und eine verschwenderische Haushaltspolitik, die mit der Realisierung von »Leuchtturmprojekten« (Elbphilharmonie u.a.) jedes Maß verloren hat.

Im Gründungsjahr des schwarz-grünen Bündnisses 2008 konnte der Koalitionsfrieden zunächst noch gehalten werden, weil beide Partner reichlich öffentliches Geld für ihre »Lieblings«projekte hatten. Mit dem Einbruch der Realökonomie und dem nachfolgenden drastischen Rückgang der Steuereinnahmen verkürzte sich die Gemeinsamkeit auf die Umsetzung einer antizyklischen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

In den letzten Monaten legten die Meinungsumfragen den Grünen nahe, aus der Zusammenarbeit mit der Union auszustiegen: Im Bund, wo die Grünen in der Opposition sind, stehen sie so hoch wie nie im Kurs, in Hamburg, wo sie mit der Union zusammen die Regierung bildeten, ist die Zustimmung zu ihrer Politik gerade mal halb so groß – und das in einem Stadtstaat, in dem die Grünen traditionell über dem Bundesschnitt liegen. Was liegt da näher, als aus dem wenig fruchtbaren Bündnis auszusteigen und im Wahlkampf aus der Opposition heraus an den Bundestrend anzuknüpfen? Es waren die drastische Veränderung der ökonomisch-sozialen Gesamtkonstellation und der Versuch, taktische Vorteile durch den Übergang in die Opposition zu erlangen, die für die Aufkündigung des Bündnisses maßgeblich waren.

Christoph Ahlhaus, der rechtskonservative Nachfolger des liberalen Ole von Beust, und die CDU der Hansestadt werteten die Aufkündigung der Koalition als »Flucht vor der Ver-

antwortung«. Die so wichtige Wirtschaftsregion Hamburg brauche Stabilität und politische Verlässlichkeit. Der Entschluss der GAL, Neuwahlen herbeizuführen, wird zudem als Beweis für eine schon seit längerem anhaltende Linksbewegung an der grünen Basis interpretiert. Diese Umschichtung führe zum Verschwinden bisher betonter Gemeinsamkeiten. Hamburg stehe nun vor einer Grundsatzauseinandersetzung »zwischen links-grüner Verweigerungshaltung und bürgerlich-liberalem Fortschritt«.

Mit dem bürgerlich-liberalen Fortschritt ist es allerdings so eine Sache. Die FDP ist nicht in der Bürgerschaft vertreten und kämpft bei den anstehenden Neuwahlen um das Abstreifen ihrer politischen Bedeutungslosigkeit. Angesichts anhaltender innerparteilicher Streitereien würde sie nach der jüngsten Umfrage nur noch auf 4% kommen. Umso beherzter ihre Ansage an die CDU: Diese habe die Quittung für ihren Anti-FDP-Kurs erhalten.

Zu den larmoyanten potenziellen Bündnispartnern wird möglicherweise noch eine neue Partei der Reformschulgegener stoßen. Der Gründer der Volksinitiative gegen die Schulreform, Walter Scheuerl, hatte bereits vor dem Ende von Schwarz-Grün die Gründung einer neuen Partei für Hamburger angedeutet, was bis heute in der CDU für erhebliche Unruhe sorgt. Die Konkurrenz im bürgerlichen Lager könnte besonders ihre Wählerstimmen kosten. Auch die FDP ist außerordentlich alarmiert. Scheuerl selbst erklärte vor kurzem selbstbewusst, die Sozialdemokraten würden besser zum Profil einer möglichen neuen Partei passen.

Der GAL ist die Aufkündigung der Koalition mit der CDU auch deshalb leicht gefallen, weil sie auf eine baldige Rückkehr in die Regierung hoffen kann – als Partner der SPD. Ein Traumergebnis werden die hanseatischen Grünen am 20. Februar 2011 zwar nicht erreichen, aber als leicht gefledderter Junior-Partner in einen SPD-geführten Senat eintreten. Damit nehmen die Grünen auch in Hamburg Kurs auf ein rot-grünes Bündnis: »Es soll eine andere Politik geben«, sagte Parteichefin Roth. »Es soll eine moderne Großstadtpolitik geben, eine ökologische Politik, eine soziale Politik, eine verlässliche Politik.« Man werde zwar für eigene Stärke kämpfen, die Nähe

joachimbischoff.de

Ab sofort erscheinen aktuelle Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite <http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Also lieber einmal mehr dort vorbeischaun!



zur SPD sei jedoch »deutlich ausgeprägter als zu einer CDU in Hamburg, die sich in Erosion befindet«.

Das schwarz-grüne Projekt ist auf absehbare Zeit keine realistische Perspektive mehr. Die Union ist voll auf Konfrontationskurs zu den Grünen gegangen, bereits auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe hatte Angela Merkel schwarz-grüne Bündnisse als »Hirngespinnste« bezeichnet und dafür begeisterten Beifall erhalten. Und bei der Haushaltsdebatte im Bundestag nahmen sich die Redner der Union die Grünen, und nicht die SPD, als Hauptgegner vor.

Man täusche sich allerdings nicht: Die Grünen werden nicht so töricht sein und sich dauerhaft auf Gedeih und Verderb mit einer SPD verbinden, deren Profil unscharf und deren Volkspartei-Charakter von einer Art ist, dass man beim Verblässen zusehen kann. Und auch die CDU wird nicht so leichtfertig sein, zu glauben, allein die labile FDP werde ihr zur Regierungsverantwortung im Bund und in Ländern verhelfen.

Die GAL geht mit guten Aussichten in die vorgezogenen Bürgerschaftswahlen Ende Februar in Hamburg, an der Seite der Sozialdemokraten, die in Hamburg derzeit deutlich stärker als im Bund sind, erneut in Regierungsverantwortung zu kommen. Allerdings bleibt Skepsis – auch Rot-Grün hat kaum

Ansätze zur Lösung der Zukunftsprobleme der Metropolregion Hamburg.

Hinzu kommt, dass der designierte Bürgermeisterkandidat der SPD und ehemalige Bundesarbeitsminister, Olaf Scholz, nicht nur für die gescheiterte Agenda-Politik von Rot-Grün auf Bundesebene steht, sondern sich in Hamburg in rechtspopulistischer Manier als Sprachrohr der politikverdrossenen BürgerInnen geriert. Die alten politischen Lager werden restauriert: Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün. Wie in Nordrhein-Westfalen wird der Wahlkampf unter der Formel stehen: Die Linkspartei ist überflüssig.

Für DIE LINKE ist auch deshalb der vorgezogene Wahltermin sowohl organisatorisch wie politisch eine große Herausforderung. Im Jahr 2007/2008 wurde das neue politische Projekt öffentlich von einer Mischung aus Hoffnung und Ablehnung begleitet. Jetzt besteht die Aufgabe darin, die geringe Medienaufmerksamkeit mit eigenen Positionsbestimmungen zu den Problemen der Stadt und Vorschlägen für eine andere Stadtpolitik zu durchbrechen. Außerdem müssen gerade die BürgerInnen zur Stimmabgabe motiviert werden, die sich zwischenzeitlich von der politischen Willensbildung verabschiedet haben.

Das Pfund der LINKEN nicht verspielen!

von Michael Joho



Lange hats gedauert, bis sich die GAL dazu durchgerungen hat, ihren christdemokratischen FreundInnen eine Absage zu erteilen. Am 28. November hat sie die am 16. April 2008 eingegan-

gene, erstmalige Koalition einer grün-schwarzen Landesregierung für beendet erklärt. So sehr meine Sympathien über viele Jahre ökologischen Grundsätzen galten, stand ich der GAL als

Partei doch immer recht distanziert gegenüber, weil sie den sozialen Belangen der Bevölkerung aus meiner Sicht zu wenig Aufmerksamkeit zuteil werden ließ. So hat mich weder die Zustimmung zu den Hartz-IV-Gesetzen unter Ex-Bundeskanzler Schröder überrascht noch die Analyse, dass das grüne WählerInnenpotenzial heutzutage über das höchste Durchschnittseinkommen verfügt. Insofern konnte ich auch gut nachvollziehen, dass eine modernere, offenere CDU unter Ole von Beust mit einer ihrer linken Vergangenheit(santeile) verlustig gegangenen GAL bestens harmonierte.

Nun ist es also raus: Die GAL will nicht mehr mit dieser CDU, mit Herrn Ahlhaus und einer Korona von CDU-SenatorInnen, die man fast durchweg nur als wenig überzeugende zweite Garnitur bezeichnen kann. Die (selbst erdachten) Geschichten um einen Herrn Karan, das feinfühligere Auftreten Kultursenator Stuths, die dubiosen Geschäfte des Herrn Frigge usw. sind mittlerweile Legende.

Doch ich frage mich, warum dieser Schnitt seitens der GAL nicht schon vor einem Vierteljahr vollzogen wurde. Sind die letzten drei Monate wirklich so dramatisch anders gewesen? Ist in dieser kurzen Zeitspanne das Verhältnis plötzlich so zerüttelt worden, dass man sich nicht noch bis Anfang 2012, also bis zum regulären Neuwahltermin hätte hinschleppen können?

Der Auftritt der grünen SenatorInnen und der GAL-Landeschefin auf der Pressekonferenz am Sonntag hat für meinen Geschmack kaum substantielle Hinweise ergeben. Ich misstraue daher der GAL, dass sie wirklich einen politischen Neuanfang begründen will. Vielmehr habe ich den Eindruck, dass sie die taktische Notbremse gezogen hat, um nicht bei der nächsten Wahl abgestraft und für eine Politik verantwortlich gemacht zu werden, die sie noch bis vorgestern aus vollem Herzen mitgetragen hat. Mit ihrem Koalitionsbruch steht sie in fortschrittlichen Kreisen wieder ein bisschen besser da, kann den von ihr mitgeplanten haushaltspolitischen Kahlschlag noch ein wenig nach hinten verschieben und rechnet sich angesichts des bundesweiten Höhenfluges einen größeren Stimmenanteil aus.

Interessant wird es für mich nicht zuletzt auch im Bezirk Hamburg Mitte, der von einer Koalition aus SPD und GAL getragen wird. Am 20. Februar 2011 steht voraussichtlich nicht nur die Neuwahl der Hamburgischen Bürgerschaft an, sondern auch die der sieben Bezirksversammlungen. Ich habe in den vergangenen zweieinhalb Jahren an verschiedenen Brennpunkten miterlebt, wie sich diese rot-grüne Koalition auf Bezirksebene gibt. Mir fallen da auf Anhieb die von einer grünen Stadtentwicklungssenatorin initiierten und vom Bezirk unterstützten Pläne für eine neue Quasi-Autobahn durch Wilhelmsburg ein sowie das Abholzen riesiger Baumbestände und eine Herrichtung der Elbinsel nach IBA-igs-Kriterien. Oder die gnadenlose Verfolgung einer Shared-Space-Gemeinschaftsstraße in St. Georg. Oder die noch mindestens bis vor wenigen Tagen verfolgte Music Hall in St. Pauli. Oder die gerade vom Bezirk gewollte Doppelrennbahn in Horn. Oder oder oder.

Immer führten SPD- und GAL-VertreterInnen das Wort von der »offenen Bürgerbeteiligung« im Mund. Bisher sind die genannten Vorhaben nicht deswegen ad acta gelegt worden, weil

sich Bürgerbeteiligung in Form von massiverem Protest artikuliert hätte, da zeigen sich auch die GAL und die SPD in Mitte stur. Einzig die Planungen für die Umgestaltung des Rindermarktgeländes und speziell die weithin abgelehnte Music Hall auf St. Pauli sind auf Grund des anhaltenden Widerstandes ein wenig ins Stocken geraten. Ich würde zurzeit meine Hand nicht dafür ins Feuer legen, dass die auf der Veranstaltung in der vergangenen Woche zu hörenden neuen Töne auch wirklich in eine manifeste Neuausrichtung der Politik münden werden.

Die Wohnungspolitik wird meines Erachtens zu einem vielleicht sogar wahlentscheidenden Brennpunkt der Auseinandersetzungen werden. Auch wenn die großen Weichen auf Senatsebene gestellt werden, bleibe ich doch skeptisch, inwieweit ein von SPD und GAL geführter Bezirk Mitte die Zeichen der Zeit ausreichend verstanden hat.

Über die akute Wohnungsnot ist in diesem BürgerInnenbrief in verschiedensten Zusammenhängen berichtet worden. Und was hat der Bezirk Mitte zu ihrer Behebung beigetragen? In den innenstadtnahen Quartieren (St. Pauli, St. Georg usw.) werden nach wie vor Bauvorhaben befürwortet, die zwar reichlich Luxus- und Eigentumswohnungen forcieren, nicht aber die Frage nach überfälligen neuen Sozialwohnungen angehen. Der Gentrifizierung dieser Quartiere wollen SPD und GAL zwar vermehrt soziale Erhaltungs- bzw. Umwandlungsverordnungen entgegensetzen – mit mehrjähriger Verzögerung, wie ich aus eigener, bitterer Erfahrung im Hauptbahnhofviertel hinzufügen muss –, gleichzeitig werden aber immer neue Hotels und Eventlocations genehmigt, wird der Druck auf soziale Einrichtungen (wie das »Stay alive« und das Café »Sperrgebiet«) erhöht, um sie auf Dauer aus diesen Vierteln zu verbannen.

In Wilhelmsburg veranlasste das Bezirksamt Mitte die Verdrängung eines von sechs Bauwagen kurzfristig genutzten Geländes, gleichzeitig sind allein im bezirklichen Landschafts- und Gartenbau 83 von insgesamt 92 Beschäftigten Ein-Euro-Kräfte. Statt die MieterInnen zu schützen, für öffentlich geförderten Wohnungsbau einzutreten, wird der Verdrängung und »Aufwertung« das Wort geredet. Statt die Ärmsten zu unterstützen und für vernünftige Arbeitsverhältnisse einzutreten, wird die Ausgrenzung festgeschrieben.

DIE LINKE steht in dieser Situation vor der großen Aufgabe, sich als soziale Alternative zu präsentieren, die – immer dicht an den Vorstellungen, Forderungen und Initiativen der Menschen – in der Lage ist, für einen grundlegenden Politikwechsel Druck zu machen.

In dieser Hinsicht wünsche ich mir noch bedeutend mehr Basisaktivitäten vor Ort, denn die sind das Salz einer demokratischen Gesellschaft. Dass DIE LINKE Finger in die offenen Wunden der etablierten Politik legen kann, hat sie an verschiedenen Stellen – in den Stadtteilen, in den Bezirksversammlungen und in der Bürgerschaft – bewiesen. Diese Rolle und die dadurch z.T. direkt und indirekt erreichten Erfolge gilt es durch eine gute Mobilisierung und ein ebenso gutes Wahlergebnis auf allen Ebenen zu sichern. Das Pfund einer parlamentarischen Vertretung der Linken in Hamburg dürfen wir nicht verspielen!

Music Hall kommt – oder auch nicht



Nachdem der erste Versuch des SPD-GAL geführten Bezirksamtes Hamburg-Mitte für ein so genanntes kooperatives Gutachterverfahren in Sachen ehemaliges Rindermarktgelände am Neuen Kamp/Ecke Budapester Straße (ehemaliger »real«-Markt) am 13. April in den Protesten wütender BürgerInnen unterging und ein für den 1. Oktober vorgesehener zweiter Versuch vom Bezirk gleich selbst gecancelt wurde, fand nun am 25. November ein dritter Versuch statt. Den ArchitektInnen, dem Bezirksamtsleiter Markus Schreiber und den in der zweiten Hälfte der Veranstaltung Rede und Antwort stehenden bezirklichen Fraktionsvorsitzenden Hansjörg Schmidt (SPD), Michael Osterburg (GAL) und Gunter Böttcher (CDU)

war an diesem Abend sichtbar unwohl. Unter den ca. 400 BesucherInnen machte sich bei deutlich mehr als der Hälfte immer wieder lautstark die Ablehnung der mangelhaften Bürgerbeteiligung und insbesondere der Music Hall bemerkbar. Noch vor Beginn des durchszenierten Programms war eine Anwohnergruppe mit einem Transparent aufgezogen und hatte ein anfängliches Statement durchgesetzt – freundlichst hofiert von dem auf Deeskalation ausgerichteten Moderator Markus Birzer.

Die jeweils fünfzehnminütigen Ausführungen zu den beiden siegreichen Architektenentwürfen wurden angehört, danach artikulierten sich in der Debatte anderthalb Stunden

Die Große Krise

Gemeinsam mit den Redakteuren der Monatszeitschrift »Sozialismus« Richard Detje, Christoph Lieber, Bernhard Müller und Gerd Siebecke habe ich soeben ein Buch abgeschlossen, das sich mit Ursachen, Auswirkungen und Folgen der Großen Krise – der globalen Finanzkrise und damit zusammenhängender schweren Überakkumulationskrise – beschäftigt.

In fünf Kapiteln thematisieren wir zentrale Fragen der aktuellen Debatte:

- Fluchtwege aus der Großen Krise
- Systemkrise des Kapitalismus oder schwere Rezession?
- Prekarisierung und Erosion der gesellschaftlichen »Mitte«: Umwälzungen in der Sozial- und Klassenstruktur
- Die Große Krise im Alltagsbewusstsein
- Solidarische Ökonomie des Überflusses: Übergangsforderungen und grundsätzliche Alternativen

Das Buch hat einen Umfang von 176 Seiten und kostet 14.80 EUR.

Es ist im Buchhandel oder direkt beim VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg-St. Georg oder unter www.vsa-verlag.de zu haben.



lang fast durchweg die KritikerInnen an dem Verfahren, das durch Missachtung der Anwohnervorstellungen zu insbesondere der Music Hall geprägt ist. Die AnwohnerInnen und die Initiative »die leute: real« waren gut vorbereitet und konnten die Argumente der etablierten PolitikerInnen parieren. Die wiederum reagierten butterweich und beschworen fast, dass es mit der Bürgerbeteiligung jetzt erst richtig losgehe und man den Dialog unbedingt führen müsse. Andy Grote – »SPD-Bürgerchaftsabgeordneter für St. Pauli«, wie er sich auch an diesem Abend wieder gerne vorstellte – betonte am Ende der Veranstaltung ausdrücklich, dass das bisherige Verfahren gescheitert sei, stellte mit dieser Feststellung allerdings seine Partei- und Koalitionskollegen ein wenig ins Abseits. Fishing for compliments?

DIE LINKE hatte sich bewusst nicht an dem Podium der Bezirkspolitiker beteiligt, lehnt sie doch das weitgehend unter Ausschluss der betroffenen BürgerInnen realisierte »kooperative Gutachterverfahren« ab. Das nahm der GAL-Vertreter Michael Osterburg zum Anlass, die linke Bezirksabgeordnete Christine Detamble-Voss demagogisch anzuklagen: Sie hätte dem Verfahren doch anfangs zugestimmt. In der Tat hatte die Bezirksfraktion der LINKEN in Mitte die in Aussicht gestellte »umfassende, offene Bürgerbeteiligung« ursprünglich begrüßt. Wirkliche BürgerInnenbeteiligung ist ein zentrales Anliegen der LINKEN. Als klar wurde, dass davon in diesem Fall nicht die Rede sein konnte, und wie massiv vor allem die SPD auf die Durchsetzung der Music-Event-Hall orientierte, hat die Bezirksfraktion sich neu positioniert. Das unterstrich

auf der Veranstaltung vor allem Markus Schneider-Johnen, der Sprecher der linken Stadtteilgruppe St. Pauli.

Wie »erst« SPD, GAL und CDU BürgerInnenbeteiligung nehmen, machten sie auf der letzten Bürgerschaftssitzung deutlich. Mit ihren Stimmen wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE, einen öffentlichen, wirklich ergebnisoffenen Planungsprozess zu betreiben (etwa nach dem Vorbild des von BürgerInnen maßgeblich entwickelten »Park Fiction«), abgelehnt. Gespannt kann man darauf sein, ob und bis wohin der Bezirk Hamburg-Mitte die Ergebnisse der jüngst angelaufenen Befragung der Bewohnerschaft durch die Initiative mit tragen wird. »Wir fordern Herrn Grote und Herrn Schreiber auf«, so der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Mitte, Bernhard Stietz-Leipnitz, »nicht nur gut klingende mediale Erklärungen abzugeben, sondern diese Initiativen anzuerkennen, auf sie zuzugehen und mit ihnen die weiteren Schritte des Verfahrens auszuhandeln.«

Die Menschen auf St. Pauli, im Schanzen- und im Karoviertel und ihre Initiativen lassen sich eine bevölkerungsfeindliche Politik immer weniger gefallen. Und sie haben einen absehbaren Erfolg erkämpft: »Die Gegenwehr zur Music Hall war sehr deutlich«, ließ sich Markus Schreiber auf NDR 90,3 vernehmen, »wir sind nicht unbeeindruckt, wir sind ja nicht blöd.« Wenn das wirklich so sein sollte, müssen diesen Worten endlich die richtigen Taten folgen, vor allem eine ernsthafte, offene und entscheidungsverbundene Beteiligung der betroffenen Menschen, ihrer Initiativen und der Stadtteilgremien.

Wohnungsnot: »keine Erkenntnisse«



In Kältebussen überleben?

Mit der schon bekannten Floskel »Der zuständigen Behörde liegen dazu keine Erkenntnisse vor« reagierte der Senate einmal mehr auf eine Kleine Anfrage, mit der ich zur Aufklärung über die sozialen Skandale in der Stadt beitragen möchte. In diesem Fall ging es um die »öffentliche Unterbringung«. Der

Senat räumt in seiner Antwort ein, dass 2.564 Personen in Wohnunterkünften (per 30.9.) und 201 in Übernachtungsstätten (30.9.), weitere 32 in teilstationären (31.7.) und 181 in stationären Einrichtungen (31.7.) sowie 36 in sonstigen Einrichtungen (31.7.2010) untergebracht gewesen waren. Auf die

Frage allerdings, »wie viele Wohnungslose gegenwärtig auf Hamburgs Straßen leben«, verweist der Senat auf eine Erhebung vom März 2009, nach der 1.029 Menschen obdachlos gewesen seien. Über die Zahlen fast zwei Jahre später hat der Senat »keine Erkenntnisse vorliegen«. Es leuchtet vielleicht noch ein, dass nicht jede Woche eine neue Zählung durchgeführt werden kann, mit Blick auf die Not der betroffenen Menschen müsste diesem Problem aber deutlich höhere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Bekannt und inzwischen nahezu unbestritten ist, dass die Zahl der Menschen, die »zugewandert« sind und keine Wohnung finden, rapide angestiegen ist, von 997 Menschen im Jahr 2009 auf hochgerechnet 1.600 in diesem Jahr. Dass der Sozialbehörde nicht nur »keine Erkenntnisse vorliegen«, sondern die Behörde die vorliegenden Zahlen lieber ignoriert, darauf habe ich schon gelegentlich hingewiesen: Vor allem Unterkünfte für wohnungslose Frauen waren schon im Sommer überfüllt, ohne dass dies zu Konsequenzen geführt hätte. Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle des Bezirks Mitte gibt an, dass zwischen Januar und Oktober 2010 im monatlichen Durchschnitt 43 Haushalte bzw. 53 Personen »nicht zeitnah untergebracht werden konnten«, also faktisch als obdachlos wieder weggeschickt wurden – trotz Unterbringungspflicht der Freien und Hansestadt zumindest bei Kindern und Jugendlichen. Bezeichnend ist auch, dass MitarbeiterInnen der Fachstelle zwar handschriftlich die Zahlen notieren, aber offiziell »keine Erfassung der nicht untergebrachten Personen erfolge«. Die Zahl der Zuwanderer hat sich nahezu verdoppelt, die Wohnunterkünfte und Übernachtungsstätten sind überfüllt, und sicher nicht nur im Bezirk Hamburg-Mitte werden die abgewiesenen Wohnungssuchenden gar nicht vernünftig erfasst. Es liegt nahe, dass nicht nur bei ZuwanderInnen die Zahl der Wohnungssuchenden und der von Obdachlosigkeit Betroffenen weitaus höher sein dürfte als noch im März 2009 ausgewiesen.

Während die Senatskoalition einschließlich des Wohnungsbaukoordinators das Problem der Wohnungsnot noch als »punktuellen Wohnungsmangel« kleinreden, stellt sich die Situation für die Menschen am unteren Rand der Gesellschaft dramatisch dar: Immer weniger finden einen Platz in den paar Übernachtungsstätten und immer mehr Menschen, die dringend eine Unterbringung benötigen, werden regelmäßig abgewiesen.

Sozialsenator Wersich dagegen behauptete dreist, dass kein Abbau von Plätzen für Wohnungslose erfolge. Laut dem »Finanzbericht 2011/2012. Allgemeiner Vorbericht zum Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012/Finanzplan 2010-2014 (Stand: Beschluss des Senats vom 22. September 2010)« ist für die öffentliche Unterbringung einkalkuliert, die Platzzahl von 8.285 (Ende 2009) auf 6.977 (Ende 2010) herunterzufahren


und auf diesem Stand für die Jahre 2011 und 2012 festzuschreiben. Wie diese »Prognose« mit dem offenkundig steigenden Bedarf an Unterbringungsplätzen zu vermitteln ist, bleibt wohl das Geheimnis des Sozialsenators.

DIE LINKE hat ihre Forderungen zur Verbesserung der Lage wohnungsloser Menschen an den Anfang der Studie »Soziales Pulverfass Wohnen« gestellt. Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind der zugespitzteste Ausdruck der katastrophalen Wohnungsmarktsituation, die nicht nur eine grundlegende Politikveränderung erfordert, sondern Soforthilfemaßnahmen dringend erforderlich macht (die von Antje Schellner, Michael Joho und mir erarbeitete Studie kann unter www.linksfraktion-hamburg.de heruntergeladen werden):

»Das zum 1. November 2010 angelaufene und bis zum 15. April 2011 währende Winternotprogramm ist angesichts der wachsenden Obdachlosen- und Flüchtlingszahlen viel zu knapp bemessen. Zu fordern ist daher, dass die Zahl der (Not-) Schlafplätze für Wohnungs- und Obdachlose unverzüglich um 800 bis 1.000 aufgestockt wird, damit die deutlich gewachsenen Übernachtungsbedarfe im Winter wie auch im Sommer besser befriedigt werden können. Sollten diese Kapazitäten nicht ausreichen, ist die Zahl der Schlafplätze sofort auszuweiten. Dabei muss darauf geachtet werden, den Anteil der Ein-Bett-Zimmer – den Wünschen der wohnungslosen Menschen entsprechend – schnellstmöglich zu erhöhen und den der Mehr-Bett-Zimmer abzubauen. Wichtig ist auch eine in Hamburg bisher völlig fehlende Pflegeeinrichtung für Wohnungslose, zumal auch die Krankenstube im ehemaligen Hafenkrankehaus mit ihren lediglich 16 Betten längst nicht mehr ausreicht und die Folgeunterbringung und -versorgung oftmals ungeklärt ist.

Auf Grund wachsender Zahlen von Flüchtlingen und Asylsuchenden, RückkehrerInnen aus dem Ausland und Menschen mit ungesicherter Existenz und nicht zuletzt von Wohnungslosen (überwiegend Frauen und Jugendlichen) sind die Unterbringungsmöglichkeiten, insbesondere die Kapazitäten der Flüchtlingsunterkünfte, deutlich zu erhöhen. Die

Erstaufnahme von Flüchtlingen, die in Hamburg ankommen, gehört in unsere Stadt und nicht ins entlegene Nostorf/Horst in Mecklenburg. Hierfür sind umgehend 500 Plätze neu zu schaffen. Es ist im Übrigen sicherzustellen, dass die Unterbringung in solchen Einrichtungen nur temporär erfolgt, die Folgeunterbringung in vernünftigen Wohnungen ist für die Integration der Betroffenen von zentraler Bedeutung und kommt die Stadt letztlich auch günstiger. Grundsätzlich gilt, die Zahl der obdach- und wohnungslosen Menschen nicht zu kaschieren oder nach unten zu rechnen, sondern die realen Bedarfe regelmäßig neu festzustellen und die Übernachtungskapazitäten entsprechend anzupassen.«



Soziales Pulverfass Wohnen

**Zur aktuellen Wohnungspolitik des Senats
und den Alternativen der LINKEN**

Joachim Bischoff, Michael Joho, Antje Schellner
Mitte November 2010

Kulturipp: MetroPOLE



aus: <http://kommunalpolitik.blog.rosalux.de/2010/11/03/metropole/>

Wie der Presse zu entnehmen war, wird ein kleiner Teil der Hamburger Altstadt für den Wohnungsneubau freigegeben; nachdem mit der HafenCity die Innenstadt um 40% anwachsen wird, eine weitere Herausforderung für die Stadtentwicklung. Am Donnerstag, den **2. Dezember**, will die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) darüber unter dem Titel »Hamburgs lebendige Mitte – Ein neues Innenstadtkonzept« diskutieren. Diese Veranstaltung im Rahmen der Reihe »Stadt im Dialog« beginnt **um 19:00 Uhr** im »Passage-Kino« (Mönckebergstraße 17).

Einen anderen Schwerpunkt hat die Veranstaltungsreihe »MetroPOLE«. Sie thematisiert »Autonomie, Prekarität und Geschlechterverhältnisse in europäischen Großstädten« und wird gemeinsam organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Initiative »Komm in die Gänge«. Eine erste Veranstaltung zu sozialen Zentren in Hamburg und Kopenhagen hat bereits Ende November stattgefunden, am **2. Dezember um 19:00 Uhr** folgt in der GWA St. Pauli/Kölibri (Hein-Köllisch-Platz) eine Diskussion unter der Überschrift »»Ey, Jungs, macht mal Platz!« Bewegungsräume in der Stadt: Eine feministisch-intersektionale Perspektive«. Es geht um die bisher noch wenig beleuchtete Frage, wie arme und migrantische Frauen sich im Stadtraum bewegen. Schwerpunkt sind die alltäg-

lichen Formen der Selbstermächtigung, also der aktiven Eroberung von Bewegungs- und Beziehungsräumen. Gäste sind Tülay Beyoglu (Verikom Wilhelmsburg), Kathrin Schrader (TU Harburg) und eine Referentin aus der Mädchenarbeit.

Am **6. Dezember, um 20:00 Uhr**, geht es im Gängeviertel (Valentinskamp) mit dem Thema »Die Körper als Multitude: Fallstricke im Kampf gegen die »Commons« weiter. Im Mittelpunkt steht ein neues Buch von Toni Negri und Michael Hardt, in dem sie für eine umfassende Aneignung des Lebens plädieren, deren Subjekt sie als »Multitude« und deren Ziel sie als die »Schaffung des Gemeinsamen« (englisch: der »Commons«) bezeichnen. Gesprächspartner sind Robert Foltin (Zeitschrift »Grundrisse«, Wien) und Peter Birke (Sozial.Geschichte online, Hamburg).

Am **16. Dezember, 20:00 Uhr**, stehen am gleichen Ort »Die unternehmerische Stadt und ihre Unternehmer« zur Diskussion, über »Prekariat und Wissensarbeit« debattieren Emiliano Armano (Autorin der Studie »Wissensarbeiter_innen in Turin«) und Arndt Neumann (Büro 9 to 5).

Und am **19. Februar 2011** folgen dann – ebenfalls im Gängeviertel – **von 11:00 bis 19:00 Uhr** ein Workshop zum kreativen Widerstand und **von 20:00 bis 22:00 Uhr** ein Vortrag von John Jordan zur »Kunst der direkten Aktion«.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**